



HESSISCHER LANDTAG

12. 05. 2021

WVA

Berichtsantrag

**Knut John (SPD), Elke Barth (SPD), Tobias Eckert (SPD),
Stephan Grüger (SPD), Marius Weiß (SPD) und Fraktion**

Verwendung von recycelten Baustoffen in Hessen

Die Nachfrage nach Recycling-Materialien, vor allem bei öffentlichen Ausschreibungen, sei nach wie vor gering, laut dem Verband der baugewerblichen Unternehmer Hessen e.V.

Die Verwendung von Recycling-Baustoffen bringt aber viele Vorteile für Umwelt und Volkswirtschaft. Denn so kann einerseits der knappe und teure Deponieraum geschont und andererseits der CO₂-Ausstoß, der durch den bundesweiten Transport der mineralischen Abfälle entsteht, deutlich vermindert werden. Ebenso könnten nicht nur die steigenden Kosten für die Entsorgung von Baumüll durch den vermehrten Einsatz von Recycling gebremst werden, sondern vor allem der Bedarf an Primärrohstoffen gesenkt werden und damit ein wichtiger Beitrag zum Umwelt- und Naturschutz geleistet werden.

Die öffentliche Hand kann hierbei eine Vorbildfunktion einnehmen, indem sie bei ihren Ausschreibungen die Möglichkeiten des Recycling-Material-Einsatzes eröffnet.

Durch die Verabschiedung der Initiative zur bundesweit einheitlichen Regelung für den ökologischen Einsatz von Recyclingbaustoffen, sollen in einer Mantelverordnung sowohl die Interessen der Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft als auch die Belange des Gewässer- und Bodenschutzes berücksichtigt werden. Die Mantelverordnung ist ein zentrales Regelwerk, das mit der Steigerung des Umweltschutzniveaus auf der einen Seite und der Sicherung einer hohen Recyclingquote mineralischer Abfälle einhergeht.

Recycling-Baustoffe stehen heute flächendeckend als sinnvolle Alternative zu Primärbaustoffen zur Verfügung. Sie sind nachhaltig, vielseitig und wirtschaftlich zugleich. Geprüfte, güteüberwachte und zertifizierte Recycling-Baustoffe sind in großen Teilen in Hinsicht auf Bautauglichkeit und Umweltverträglichkeit gleichzusetzen mit natürlichen Rohstoffen.

Die Landesregierung wird ersucht, im Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen (WVA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wie hoch ist der Anteil der Aufbereitung der sogenannten „mineralischen Abfälle“, die überwiegend aus Bau- und Abbruchabfällen bestehen, in Hessen? Bitte um Aufstellung der letzten zehn Jahre.
2. Wann ist die Einstufung „Recycling Baustoff“ gegeben?
Welche Voraussetzungen müssen vorliegen?
3. Welche Bereiche eignen sich in besonderer Weise für den Einsatz von recyceltem Baumaterial?
4. Welchen Prüfungen und Qualitätskontrollen sind Recycling-Baustoffe unterzogen, um umweltbezogene und bautechnische Anforderungen zu erfüllen?
5. Wie hoch sind die Einsparpotenziale bezüglich der Verwendung von Primärrohstoffen versus Recycling Baustoffe?
6. Wieviel Tonnen der in Hessen anfallenden mineralischen Abfälle werden im Deponieraum verbracht?
Wieviel davon wird außer Landes in andere Bundesländer verbracht, wieviel verbleibt im hessischen Deponieraum? Bitte eine Aufstellung der letzten zehn Jahre vornehmen.

7. Geht die Hessische Landesregierung aufgrund der Regelungen und Grenzwerte in der neuen Mantelverordnung davon aus, dass zukünftig mehr Baurestmassen zu deponieren sind?
Wenn ja, mit welchen Mengen ist zu rechnen und welche Kapazitäten stehen dann auf den einzelnen hessischen Deponien zur Verfügung?
8. Welche Potenziale sieht das Land Hessen in der Verwendung von Recycling-Baustoffen für die Ressourcenschonung und -effizienz?
9. Ist das Land Hessen gewillt, die Nachfrage nach Recycling-Baustoffen deutlich anzukurbeln, indem sie dies bei Ausschreibungen explizit fordert?
10. Haben die Bauunternehmen hinsichtlich der Ausschreibungen vom Land Hessen überhaupt die Möglichkeit, recycelte Stoffe anzubieten oder den Abfall an Ort und Stelle wiederzuverwerten oder schließen die Ausschreibungen dies von vorn herein aus?
11. Durch welche Maßnahmen will das Land Hessen bei Vergaben eine Förderung der recyclinggerechten Bauweise erreichen?
12. Welche Zielvorgaben strebt das Land Hessen im Hinblick auf Recyclingquoten in welchem Zeitfenster an?

Wiesbaden, 12. Mai 2021

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Günter Rudolph

Knut John
Elke Barth
Tobias Eckert
Stephan Grüger
Marius Weiß